



Einwohnerrat Pratteln

Votenprotokoll Nr. 518

Einwohnerratssitzung vom Montag, 06. November 2023, 19.00 Uhr KUSPO

Anwesend	36 6	Personen des Einwohnerrates Personen des Gemeinderates
Abwesend entschuldigt	Einwohnerrat: Urs Baumann, Rahel Graf Bianchi, Billie Grether, Rebecca Moldovanyi Gemeinderat: Urs Hess	
Vorsitz	Urs Schneider	
Protokoll	Ulrike Schmid	
Weibeldienst	Martin Suter	

Bereinigtes Geschäftsverzeichnis

1.	Ersatzwahl für den Ortsschulrat für den Rest der Amtsperiode bis 31. Dezember 2024: Tobias Henzen, SP, anstelle von Christine Weiss	3407
2.	Ersatzwahl für die Rechnungsprüfungskommission für den Rest der Amtsperiode bis 30. Juni 2024: Silvio Fareri, FDP-Die Mitte, anstelle von Thomas Sollberger	3410
3.	Gesamtrevision Zonenvorschriften Landschaft, 2. Lesung	3349
4.	Quartierplanung Lidl, 1. Lesung	3377
5.	Nachtragskredit von CHF 200'000 für dringende Instandhaltungsarbeiten Schwimmbad Sandgruben	3403
6.	Sondervorlage Kredit von CHF 645'000 für technische und bauliche Instandsetzungen Schwimmbad Sandgruben 2024/25	3404
7.	Aufhebung des Reglements über den Schlossfonds, 1. Lesung	3396
8.	Führungsstrukturen Primarstufe	3399
9.	Fragestunde	518

- | | | |
|-----|--|------|
| 10. | Postulat, U/G, Christoph Zwahlen, Sicherer Remeliweg – weniger Schleichverkehr | 3408 |
| 11. | Postulat, FDP, Silvia Lerch, Reglementierung für Aushang von Wahl-, Abstimmungs- und Parteiplakaten auf öffentlichem Grund | 3409 |
| 12. | Postulat, U/G, Delia Moldovanyi, Unversiegelte Parkflächen | 3412 |

Begrüssung

Urs Schneider: Ich begrüsse alle recht herzlich zur 518. Einwohnerratssitzung von Pratteln. Speziell begrüssen möchte ich Oliver Gloor, welcher heute das erste Mal im Einwohnerrat ist. Er ist für Thomas Sollberger nachgerückt. Ich wünsche ihm viel Vergnügen und viel Geduld mit uns.

Präsenz

Es sind zurzeit 36 Personen des Einwohnerrates anwesend. Das einfache Mehr beträgt 19, das 2/3 Mehr 24 Stimmen.

Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten

- Keine Mitteilungen.

Mitteilungen des Gemeinderates

Stephan Burgunder: Ich habe zwei kleine Informationen. Zum einen habt ihr die Ausgabe vom Hochparterre, das Themenheft über Pratteln, auf dem Tisch. Im Frühling ist das Hochparterre auf die Gemeinde Pratteln zugekommen. Das Hochparterre ist die führende Zeitschrift für Architektur und Städtebau in der Schweiz. Zusammen mit der Firma Wüst und Partner haben sie uns ein Themenheft zu den aktuellen Entwicklungen in Pratteln vorgeschlagen. Offenbar sind unsere Entwicklungen für ein grösseres Publikum von Interesse. Die Idee war dann schnell umrissen, Pratteln historisch und mit den kommenden Entwicklungen von erfahrenen Journalisten unabhängig zu porträtieren und überregional bekannt zu machen. Die Themenhefte sind ein gängiges Format vom Hochparterre und werden mit der regulären Ausgabe schweizweit und ins benachbarte Ausland verschickt. Die Leserschaft beträgt etwa 70'000 Personen. Rasch haben wir dann auch den Kanton und die grossen Arealentwickler für die Unterstützung vom Heft gewinnen können. Das Ergebnis liegt jetzt auf eurem Tisch und beinhaltet ein historisches Porträt über unsere Gemeinde, eine Übersicht über die Arbeiten zum REK, vier Porträts zu den Arealentwicklungen rund um den Bahnhof, Zentrale, Bredella, Gleis Süd und Kunimatt und dann auch noch einen Ausblick zum Thema Salina Raurica. Die Artikel werden jeweils mit Fotos von Christian Aeberhard umrahmt. Aus meiner Sicht ist da eine tolle Sache entstanden mit einem Blick von aussen für uns in Pratteln, aber auch darüber hinaus, für die Leute ausserhalb von Pratteln. Es ist eine gute Übersicht an die Anforderungen und die Perspektiven für die Entwicklungen in Pratteln. Viel Spass beim Lesen.

Am 18. November 2023, 11 Uhr, findet eine grosse Plenumsveranstaltung statt, wo die Bevölkerung und die politischen Akteure aus den Gemeinden eingeladen sind. Wir wissen alle, Pratteln ist keine Insel. Wir sind ein Teil von einem gemeinsamen Wirtschafts- und Lebensraum. Das merken wir, wenn Kundinnen und Pendler zu uns nach Pratteln kommen oder wenn wir unsere Gemeinde verlassen, um Arbeiten zu gehen, einzukaufen oder wenn wir in der Freizeit etwas Anderes machen wollen. Dass wir stark voneinander abhängig sind, merken wir spätestens, wenn wir im Stau auf der Hohenrainstrasse stehen. Wir sind ein Teil vom Hochrhein und der lebt von einer starken Wirtschaft, guten Verkehrsnetzen und vor allem auch von attraktiven Lebensräumen. Damit die Entwicklungen und die Qualitäten in der ganzen Region auch mit-halten können, erarbeiten Partner aus Deutschland und aus der Schweiz ein gemeinsames Raumkonzept. Unter der Leitung vom Verein Agglo Basel arbeiten 24 Gemeinden am Hochrhein, darunter auch die Gemeinde Pratteln, grenzüberschreitend zusammen. Alle sind einge-

laden, dort teilzunehmen, unsere Zukunft zu gestalten und auch zu verbessern. Es wäre schön, wenn der eine oder die andere an dieser Beteiligungsveranstaltung teilnehmen würde. Das Ganze findet in der Kurbrunnenanlage in Rheinfelden (Schweiz) statt.

Neue parlamentarische Vorstösse

- Planungspostulat, U/G, Bernhard Zwahlen «Auswirkungen der Budgetkürzung auf die Jugendarbeit»

Bereinigung des Geschäftsverzeichnisses

Urs Schneider: Das Büro schlägt vor, das Traktandum drei zu streichen. Wir haben gemerkt, dass laut Geschäftsreglement 3.3.1 die Stellvertreter einer Kommission jeweils von der Fraktion selbstständig bestimmt werden können. Dann hat Rebecca Moldovanyi den Antrag gestellt, dass man das Geschäft Nr. 3406 ab traktandiert, weil sie heute nicht anwesend ist.

://: Die Bereinigung des Geschäftsverzeichnis wird stillschweigend genehmigt.

Beschlüsse

1. Nr. 3407

Ersatzwahl für den Ortsschulrat für den Rest der Amtsperiode bis 31. Dezember 2024: Tobias Henzen, SP, anstelle von Christine Weiss

://: In stiller Wahl wird Tobias Henzen, SP, gewählt.

2. Nr. 3410

Ersatzwahl für die Rechnungsprüfungskommission für den Rest der Amtsperiode bis 30. Juni 2024: Silvio Fareri, FDP-Die Mitte, anstelle von Thomas Sollberger

://: In stiller Wahl wird Silvio Fareri, FDP-Die Mitte gewählt.

3. Nr. 3349

Gesamtrevision Zonenvorschriften Landschaft, 2. Lesung

GR Philipp Schoch: Wir haben noch ein paar Pendenzen aus der ersten Lesung. Ich werde sie kurz «updaten» zu den einzelnen Punkten. Die Hecke, welche sie das letzte Mal noch ins Reglement aufgenommen haben wollten, ist im Plan jetzt drin und im Reglement. Auch die Bohrtürme sind jetzt am richtigen Ort im Plan.

Dann die Frage zu den grau unterlegten Feldern, ob das beschlossen werden muss oder nicht. Die Planinhalte, welche grau unterlegt sind, sollen als Orientierungshilfe gelten. Das Reglement wird ja auch von Leuten gelesen, die sich jetzt vielleicht nicht so intensiv wie wir mit allem auseinandergesetzt haben. Die grauen Felder dienen dem besseren Verständnis. Beschliessen muss man das formell nicht. Das ist wirklich nur eine Lesehilfe. Dann noch die Frage zum Quellenschutz: Der Gewässerschutz vom Bund weist die Quelle den unterirdischen Gewässern zu, weil das halt gerade so am Übergang ist zwischen Untergrund und dem, wo es dann herauskommt.

Die Lage von öffentlichen und privaten Quellen kann man im Quellenkataster im Geoview einsehen, also auch die Prattler Quellen sind dort drin. Explizit werden aber nur die aktiven Trinkwasserquellen von ihren Schutzzonen effektiv geschützt, z. B. die Grundwasserschutzzone

Löli mit seinen Pumpwerken. Dort hat es ringsherum eine Schutzzone und das wird per Gesetz explizit so geschützt und muss also nicht in die Zonenvorschriften Landschaft unbedingt so aufgenommen werden. Das ist mit dem so abgegolten.

Kurt Lanz: GR Philipp Schoch hat eigentlich schon alles gesagt. Im Zusammenhang mit diesen grauen Feldern würde die Bau- und Planungskommission den Antrag 5.1 aus ihrem Bericht zurückziehen. Die grauen Felder sind ja nur Erläuterungen und müssen nicht beschlossen werden. Das hat Dieter Stohler an der letzten Sitzung so moniert.

Abstimmung

://: Der Einwohnerrat stimmt einstimmig den Zonenvorschriften Landschaft zu und beauftragt den Gemeinderat mit der Durchführung des weiteren Verfahrens gemäss § 31 RBG.

4. Nr. 3377

Quartierplanung Lidl, 1. Lesung

GR Philipp Schoch: Der Lidl in Pratteln kennen wir alle. Das ist ein etablierter Laden im Westen von unserer Gemeinde und soll jetzt ausgebaut werden. Es wird nichts angebaut, sondern die Verkaufsfläche im Innern soll auf über 1'200 m² Netto-Verkaufsfläche erhöht werden. Laut dem Raumplanungsgesetz vom Kanton Baselland muss aber für eine Grösse von 1'000 m² Verkaufsfläche ein Quartierplan erstellt werden. Wir haben die Gelegenheit genutzt und einige Optimierungen im Aussenraum angestossen: Auf dem Dach gibt es Solaranlagen, Elektrolaststationen werden eingerichtet und es gibt zusätzliche Veloabstellplätze usw. Das bestehende Gebäude wird einfach innen erweitert. Der Gemeinderat empfiehlt ihnen die Annahme des Quartierplanes.

Kurt Lanz: Dem Bericht der Bau- und Planungskommission konnten sie entnehmen, dass wir noch zusätzliche Wünsche haben, welche wir von euch hier gerne bestätigen lassen möchten mit unseren Anträgen 5.1 bis und mit 5.3. Für Fragen stehe ich euch gerne zur Verfügung.

Fabian Mendelin: Die SVP-Fraktion dankt für die Ausführungen und stimmt dieser Vorlage zu.

Vignarajah Kulasingam: Die SP-Fraktion dankt ebenfalls der BPK und dem Gemeinderat. Wir stimmen der Vorlage zu.

Lesung

§ 1

Kurt Lanz: Erster Antrag der Bau- und Planungskommission: Erweiterung §1 Absatz 1: «...sowie eine qualitativ hochwertige Weiterentwicklung der bestehenden Bebauung und des Aussenraums».

Es gibt keine Wortmeldungen zum Antrag der BKP, es folgt die Abstimmung

Dem Antrag, der Quartierplan «LIDL» bezweckt die Sicherstellung der Voraussetzungen zur gebäudeinternen Erweiterung der vorbestandene Verkaufsfläche mit einem Warenangebot für den täglichen und/oder periodischen Bedarf sowie eine qualitativ hochwertige Weiterentwicklung der bestehenden Bebauung und des Aussenraums, wird mit 33 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen zugestimmt.

Fortsetzung der Lesung

§ 2

Kurt Lanz: Ich möchte ihnen beliebt machen, dass wir jetzt die §§ 2, 3 und 4 mehr oder weniger miteinander betrachten. Wir haben festgestellt, dass wenn der Lidl gedeckte Parkplätze machen möchte und auf diesen Photovoltaikanlagen installieren will, was eigentlich ja eine schlaue Sache wäre, im QP aber nichts von dem drinsteht, dann darf er das nicht machen. Der §2, Absatz 3, Buchstabe D und die §§ 3 und 4 müssten ergänzt werden. Ich lese die Anträge nicht vor, sie liegen vor euch. Bei der Lesung kann dann direkt nach den Kommentaren gefragt werden und allenfalls abgestimmt werden, so muss ich mich nicht jedes Mal melden.

Es gibt keine Wortmeldungen, es folgt die Abstimmung zum Antrag der BPK

://: § 2 Abs. 3 lit. d

- für Typ D im Bereich Parkierung: Überdachung für Solarenergienutzung: 800m², wird mit 35 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt.

Fortsetzung der Lesung

§ 3

Es gibt keine Wortmeldungen, es folgt die Abstimmung zum Antrag der BPK

://: § 3 Abs. 6

Nebenbauten des Typs D sind allseitig offen zu erstellen. Die Dachfläche ist ausschliesslich zur Solarenergienutzung zu verwenden, wird mit 35 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt.

Fortsetzung der Lesung

§ 4

Es gibt keine Wortmeldungen, es folgt die Abstimmung zum Antrag der BPK

://: § 4 Abs. 3

Zulässig ist die Erstellung von Nebenbauten vom Typ D gemäss § 2 Abs. 3 lit. d und § 3 Abs. 6 QPR. Der Antrag wird mit 35 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt.

Fortsetzung der Lesung

§ 5

§ 6

§ 7

§ 8

§ 9

keine Wortmeldungen

Plan

Kurt Lanz: Im Reglement ist es nicht aufgeführt, aber im Plan. Die Querung von der Muttenerstrasse beim bestehenden Fussgängerstreifen führt nicht geradeaus weiter ins Areal vom Lidl und das bedeutet, dass verschiedenste Leute halt eben nicht beim Fussgängerstreifen über die Strasse gehen, sondern dass sie dort über die Strasse gehen, wo der Zugang zum Lidl ist. Um das zu verhindern, möchten wir eigentlich gerne, dass beim Fussgängerstreifen ein Weg gemacht wird, mit welchem man direkt auf den Parkplatz vom Lidl kommt. Die Fusswegverbindung auf der Südseite ist unser Antrag 5.3.

Es gibt keine Wortmeldungen, es folgt die Abstimmung zum Antrag der BPK

://: Der Antrag der Bau- und Planungskommission (BPK), auf der Südseite ist eine zusätzliche Fusswegverbindung in der Verlängerung des Fussgängerstreifens an der Muttenerstrasse zu erstellen, wird mit 35 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt.

Kurt Lanz: Damit es nicht ganz vergessen geht: Es ist eben nicht Teil vom QP und darum stimmen wir nicht darüber ab. Auf der Ostseite, St. Jakobstrasse, hat es zwar einen Zugang auf das Gelände vom Lidl, aber das Trottoir hört ein bisschen zu früh auf. Wir haben beim Gemeinderat angeregt, weil das eine Gemeindeangelegenheit ist, dass das Trottoir weitergeführt wird und somit auch der Ostzugang auf die Parzelle über den Fussweg stattfinden kann, ohne dass man gerade auf die Strasse hinausläuft.

Die 1. Lesung ist abgeschlossen.

5. Nr. 3403

Nachtragskredit von CHF 200'000 für dringende Instandhaltungsarbeiten Schwimmbad Sandgruben

GR Philipp Schoch: Ich rede jetzt zu beiden Schwimmbadvorlagen. Allgemein ist es so, dass wir heute viel genauer wissen, wie der Zustand der Anlagen in unserem Schwimmbad ist. Die Geschichte, warum wir erst heute den genauen Zustand kennen, kennen sie. Wir müssen jetzt investieren, dass wir in den nächsten Jahren das Schwimmbad weaternutzen können. Wir haben im Frühling gesehen, wie beliebt das Schwimmbad ist und wie das ein allgemeines Thema auch in der Bevölkerung ist. Wir sind uns alle einig, dass es sich lohnen würde, wenn wir die tolle Anlage noch viele Jahre weaternutzen könnten. Wir haben dieses Jahr schon gewisse Sachen gemacht. Das ist der Nachtragskredit. In den nächsten zwei Jahren müssen noch weitere Massnahmen gemacht werden. Das sind nicht Sachen, welche man unbedingt an der Oberfläche sieht. Es geht dort z. B. um Pumpen, welche ersetzt werden müssen, es geht ums Abdichten vom Klärbecken, um Folien, welche zum Teil undicht sind im Bereich der Rutschbahn. Das alles wird uns einiges kosten.

Dieses Jahr haben wir unter anderem auch die Duschen gemacht, welche bei den Schwimmbecken sind. Diese funktionieren jetzt wieder einwandfrei. Das ist etwas, was man sieht. Aber auch bei diesem Beispiel musste mehr gemacht werden, als man anfänglich gedacht hat. Es ist jeweils nicht so einfach wie es aussieht. Es lohnt sich sehr, wenn wir weiter in unser Schwimmbad investieren, um es für die nächsten Jahre fit behalten zu können.

Wir müssen nicht nur bei der Technik investieren, sondern auch beim Personal. Auch die Geschichte kennen sie. Wir haben die Stelle der Schwimmbadleitung ausgeschrieben. Die Bewerbungsfrist ist abgelaufen. Drei valable Personen werden jetzt eingeladen und genauer geprüft. Wir hoffen dann, mit einem guten Team in die nächste Saison starten zu können.

Sebastian Enders: Dankeschön für die Ausführungen von GR Philipp Schoch. Wir haben grundsätzlich mit dieser Vorlage keine Probleme. Gewisse Unterhaltsarbeiten braucht es. Aber es sind doch einige Sachen, welche man eigentlich auch früher hätte sehen und regulär beheben können im normalen Budget. Korrodierte Leitungen passieren nicht von heute auf morgen, Dimensionierungen von Leitungen ändern nicht ständig, Fugen sind eigentlich jährlich oder zweijährlich zu überprüfen und Lüftungsanpassungen sind nichts Irreguläres sowie auch eine Anbindung an eine Technik-Übersicht. Das sind alles planbare Sachen. Aus diesen Gründen stört es mich eigentlich ganz persönlich, dass man so «ad hoc-Massnahmen» umsetzen muss, weil doch viele planbare Massnahmen in diesen CHF 200'000 enthalten sind. Nichtsdestotrotz stimmen wir dieser Vorlage zu. Zum Geschäft Nr. 3404: Wir investieren jetzt knapp CHF 850'000 in das Schwimmbad und ich möchte an dieser Stelle die offene Frage in den Raum werfen, ob wir uns dann das Schwimmbad in Zukunft zu diesen Konditionen überhaupt noch leisten können.

Dieter Pfirter: Auch wir sind ein bisschen erschrocken über die CHF 850'000, die die Gemeinde jetzt ausgeben will oder muss, nachdem sie ohnehin schon rote Zahlen schreibt. Wir haben uns auch überlegt, was es für Alternativen gibt. Eine Alternative, welche wir diskutiert

haben, ist, dass das Schwimmbad ein Jahr lang geschlossen bleibt. Aber dann sparen wir ja nicht CHF 645'000, sondern nur die Zinsen darauf, weil wir ein Jahr später ja die Ausgaben trotzdem tätigen müssen. Darum ist es nicht der Wert, deswegen das Schwimmbad zu schliessen. Wir stimmen ohne grossen Enthusiasmus halt «nolens volens» zu. Das Schwimmbad ist wirklich schön und man muss auch bei dieser Gelegenheit denen, welche das Schwimmbad diesen Frühling gerettet haben mit extrem viel Einsatz, wirklich danken.

Kurt Lanz: Es ist bereits ein Jahr her. Die CHF 200'000 hätte man vielleicht vorher sehen können, aber die personelle Situation für die Gemeinde war ganz misslich in dieser Zeit. Am Schluss haben wir den Chef vom Schwimmbad verloren. Ein Teil lag sicher daran, dass man nicht wirklich wusste, was man machen muss. Ich schliesse mich meinen zwei Vorrednern an. Das Geld ist ausgegeben, da können wir nichts mehr machen. Zum Geschäft Nr. 3404: Ja es ist viel Geld und es stimmt auch, dass es finanziell in einer schlechten Zeit auf uns zukommt. Ich habe schon einmal gesagt, ins Schwimmbad geht ganz Pratteln hin. Man trifft dort viele Personen. Das ist für mich eine Institution, welche Pratteln auch hilft, gemeinsam toll zusammenleben zu können. Wenn wir es hinausschieben, lösen wir das Problem nicht, sondern geben das Geld ein Jahr später aus. Es ist schlauer, das Geld nächstes Jahr auszugeben und haben dafür im Folgejahr weniger Unterhaltskosten usw.

Petra Ramseier: Die Fraktion der Unabhängigen hat das Geschäft geprüft. Wir haben auch kurz leer geschluckt über die CHF 850'000. Wir schliessen uns den Vorrednern an. Wir haben letztes Jahr gesehen, wie wichtig das Schwimmbad für die Prattler Bevölkerung ist. Wir haben auch gesehen, wie sich die ganze Gemeindeverwaltung für das Schwimmbad eingesetzt hat. Wenn ich sehe, wie viel die Sanierungen in den umliegenden Schwimmbädern kosten, so kommen wir gar nicht so schlecht weg. Wir unterstützen den Antrag.

Abstimmung

://: Der Nachtragskredit von CHF 200'000, für die dringenden Instandhaltungsarbeiten Schwimmbad Sandgruben für die Saison 2023, wird mit 35 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung genehmigt.

6. Nr. 3404

Sondervorlage Kredit von CHF 645'000 für technische und bauliche Instandsetzungen Schwimmbad Sandgruben 2024/25

Da es zu diesem Geschäft keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, wird direkt über die Vorlage abgestimmt.

Abstimmung

://: Der Kredit von CHF 645'000 für technische und bauliche Instandsetzung Schwimmbad Sandgruben 2024/25 wird mit 35 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung genehmigt.

7. Nr. 3396

Aufhebung des Reglements über den Schlossfonds, 1. Lesung

GR Christine Gogel: Den Schlossfonds gibt es seit 2002. Er wurde damals mit dem Möbliierungsfonds, aus dem Gewinn vom Dorffest 1966, von privaten Spenden und einem Restbetrag aus Rückstellungen geäufnet. Mit dem Geld haben wir bauliche Massnahmen, Anschaffungen und Instandstellungen für das Schloss finanziert. Jetzt sind sämtliche Mittel aus dem Fonds aufgebraucht. Der Saldo liegt bei null. Der Schlossfonds ist somit leer und kann seinen Zweck

nicht mehr erfüllen. In den vergangenen Jahren ist halt keine Spende mehr eingegangen, die dem Fondsreglement entsprochen hätte und man hätte einlegen können. Wenn also ein Fonds aufgebraucht ist, dann wird das entsprechende Fondsreglement ausser Kraft gesetzt. Das haben wir 2018 schon einmal gemacht. Da haben wir die Aufhebungen der Reglemente über Asyl-, Parkplatz- und Jörinpark-Fonds beschlossen. Es ist eine reine Formsache. Falls in der Zukunft dann wieder einmal zweckgebundene Mittel eintreffen würden, könnte man den Fonds jederzeit auch wieder äufnen.

Lesung

§ 1

§ 2

§ 3

§ 4

§ 5

keine Wortmeldungen

Urs Schneider: Das Büro stellt den Antrag, auf die 2. Lesung zu verzichten.

Es gibt keine Wortmeldungen zum Antrag des Büros, es folgt die Abstimmung

://: Antrag vom Büro des Einwohnerrates es soll auf die 2. Lesung verzichtet werden: Mit 34 Ja- zu 1 Nein-Stimme bei 1 Enthaltung wird dieser genehmigt.

Schlussabstimmung

://: Das Reglement über den Schlossfonds wird einstimmig per sofort aufgehoben.

8. Nr. 3399

Führungsstrukturen Primarstufe

GR Roger Schneider: Zuerst möchte ich allen danke sagen, welche an dieser Vorlage mitgearbeitet haben von der Verwaltung, aber auch denjenigen, welche bei den Gesprächen teilgenommen haben vom Schulrat, der Schulleitung sowie dem Gemeinderat. Es war eine lange Phase, bis wir das hatten. Es ist ein wichtiges Geschäft und wir hoffen, dass sie dem Antrag des Gemeinderats folgen können. Nach ausgiebigen Überlegungen haben wir uns entschieden, mit dem bisherigen Schulratsmodell weiterzufahren. Das heisst nicht, dass der Einwohnerrat das zu einem späteren Zeitpunkt nicht mehr ändern kann. Die Vorgabe war, dass alle 86 Gemeinden sich bis Ende 2023 für ein Modell entscheiden müssen. Auch wenn das Modell nicht geändert wird, braucht es einen Entscheid der Gemeindeversammlung oder vom Einwohnerrat. Der Schulrat hat eine wichtige Aufgabe und die ist nicht zu unterschätzen. Es liegt in der Verantwortung der Einwohnerratsfraktionen, die Leute für den Schulrat zu stellen. Es geht hier um die Primarstufe bei allen anderen bleibt es ja beim Schulratsmodell. Fangt bei Vakanzen rechtzeitig an zu suchen. Wir haben es mit einer sehr professionellen Schulleitung zu tun, wir haben auch mit dem Kanton zu tun, welcher uns unterstützt. Es ist doch immerhin die strategische Führung, die wichtigste Aufgabe eigentlich, welche wir wahrnehmen sollten. Das Schulprogramm zusammen mit der Schulleitung auszuarbeiten ist auch nicht zu unterschätzen. Es gibt einen Spielraum, den man ausschöpfen kann. Daher ist es wichtig, dass wir Personen drin haben, welche Zeit haben, motiviert und engagiert sind. Es geht nicht nur um Apéros vorbereiten und durchzuführen, sondern auch um konkrete Arbeit und die Schule vorwärtszubringen. Die Herausforderungen sind gross und dafür braucht es Leute, die das auch stemmen können. Ich muss nicht gross begründen, warum wir beim Schulratsmodell bleiben wollen. Es gibt Vor- und Nachteile. Das steht auch in der Vorlage so drin. Soviel ich weiss, ist die Gemeinde Rickenbach bis jetzt die einzige, welche per Volksabstimmung den Schulrat

abgeschafft hat. Verschiedene Gemeinden sind mit dem Änderungsantrag gescheitert. Die meisten Gemeinden fahren mit dem Schulrat weiter und einige müssen sich noch entscheiden.

Dieter Stohler: Wir reden hier von einem wirklich anspruchsvollen Thema. Es ist wichtig, dass es mit aller Sorgfalt angegangen wird. Die Gesellschaft verändert sich, Erziehungs- und Ausbildungssysteme verändern sich, heutige Generationen von Schülern und Eltern sind nicht mehr vergleichbar zu früher. Es gibt auch Gründe, warum man die Führungsstrukturen auf Primarstufe von Zeit zu Zeit hinterfragen muss. Der Gemeinderat zeigt in seiner Vorlage auf, wie die aktuellen Erfahrungen sind und sagt in der Ausgangslage, dass die Situation, insbesondere die Aufteilung der strategischen Aufgaben und Weisungsbefugnisse, heute unklar und unbefriedigend sei. Der Gemeinderat formuliert dann weiter unten ein paar Ziele. Die finden wir alle sehr vernünftig. Er stellt dann drei Varianten zur Diskussion und begründet, für unsere Fraktion absolut nachvollziehbar, warum man sich für das neue Kommissionsmodell zuerst ausspricht. Er spricht sich für klare Linienorganisationen, für stärkere Identifikation vom Gemeinderat mit der Schule, das operative Aufgaben konsequent der Schulleitung zugewiesen werden. Das ist ja heute schon zu 80-90% der Fall. Der Gemeinderat weist daraufhin, dass die Zuständigkeit für Budget und Rechnung eben nicht vom Gemeinderat weg delegiert werden kann. Nach Prüfung von diesen drei verschiedenen Modellen sind wir mit dem Gemeinderat einig, dass wir das Gemeinderatsmodell, bei dem es gar nichts mehr gibt, weder eine Kommission noch den Schulrat, klar ablehnen. Es verbleiben also die beiden Varianten Schulkommission oder Schulrat. In unserer Fraktion gibt es durchaus Sympathien für das Schulkommissionsmodell, insbesondere dass die finanzielle und strategische Führung in einer Hand liegen und nicht auseinanderdriften sollen. Es macht durchaus Sinn, die Verbindung zwischen Schulleitung und Gemeinderat zu stärken. Die Schule soll mit ihren Anliegen in Zukunft direkt auch vermehrt und einfacher an die Gemeinde treten können und nicht immer den Umweg über den Schulrat nehmen müssen. Klar, wenn es etwas kostet, entscheidet das eben die Stelle mit der Kostenhoheit. Der Gemeinderat berichtet dann weiter über die Vernehmlassungen, welche beim Schulrat und Schulleitung stattgefunden haben und stellt dann in einem ganz kurzen, für mich eigentlich überraschenden und nicht wirklich hergeleiteten Fazit fest, dass man nichts ändern möchte. Wir finden das Umschweifen des Gemeinderats nicht begründet dargestellt. Es sind ja alle zufrieden, also müssen wir doch nichts ändern. Das ist so die Botschaft in einem Satz kurz zusammengefasst. Wenn wir alle Herausforderungen so angehen, dann gibt es keine Verbesserungen, keine Optimierungen. Optimierungen notabene, welche der Gemeinderat selber in seiner Vorlage aufgezeigt hat. Der Gemeinderat sollte sich unseres Erachtens nicht einfach hinter dem Schulrat verstecken und sagen, der Schulrat ist dagegen, also sind wir jetzt plötzlich auch dagegen. Das kommt uns einfach unbegründet und etwas billig daher. Es muss aufgezeigt werden, warum welches Modell zu bevorzugen ist. Wenn man das Schreiben der Vernehmlassung vom Schulrat anschaut, dann gibt es also schon ein paar Missverständnisse. Der Schulrat sagt nein, das möchten wir nicht, *«die Entscheidkompetenz liegt neu faktisch bei einer Person, welche zugleich Mitglied des Gemeinderates ist. Die Kommission soll lediglich eine beratende Aufgabe haben.»* Ja beratend mehrheitlich, aber es ist natürlich nicht so, dass ein Gemeinderatsmitglied dann alleine entscheidet, sondern dort, wo es dann heisst, der Gemeinderat ist zuständig, dann ist es ein Siebener Gremium, welches sich mit der Schule befasst und das ist qualitativ nicht schlecht. In diesem Schreiben wird auch ein Vorschlag gemacht. Man sei kompromissfreudig und könnte den Schulrat auf fünf Personen reduzieren im Sinne der Effizienz. In der Gemeinderatsvorlage sehe ich nicht ein Wort zu dem Vorschlag. Wenn man hier nicht auf Argumente eingeht und sie kritisch würdigt, dann schleicht man sich doch ein bisschen davon. Wir stellen darum den Antrag an den Einwohnerrat, die Vorlage an den Gemeinderat zurückzuweisen, damit der Gemeinderat begründen kann, warum er plötzlich das bisherige Schulratsmodell favorisiert und nicht das Schulkommissionsmodell. Ausserdem möchten wir, dass der Gemeinderat eine Vorlage unterbreitet, bei welcher wir die beiden Varianten zur Verfügung haben. Dann kann jeder wählen und abstimmen.

Gerold Stadler: Ich bin in vielen Punkten der gleichen Meinung wie Dieter Stohler. In der Partei/Fraktion gab es verschiedene Meinungen zu diesem Thema. Ich arbeite auch als Lehrer in einer Gemeinde mit einer Schulpflege. Das ist im Kanton Zürich das gleiche wie der Schulrat in Baselland. Die dortige Schulpflege hat einen Wandel durchgemacht. Im Moment finde ich sie obsolet und ein bisschen geht es mir mit dem Schulrat genau gleich. Ich möchte damit aber

nicht sagen, dass der Schulrat keine gute Arbeit macht. Ich kenne nicht alle persönlich. In der heutigen modernen Zeit, wo die Schule einem so rasanten Wandel unterliegt, ist das einfach nicht das Gremium, welches strategisch arbeiten kann. Ich bin auch noch tätig für die Pädagogische Hochschule in Zürich und bekomme mit, wie die modernen pädagogischen Strömungen sind. Es ist nicht immer alles gut, aber der Druck ist immens, was man alles ändern könnte in der heutigen Zeit. Selbst ich weiss nicht immer genau, was jetzt das Beste und Richtige ist, obwohl ich am Puls der Zeit bin. Was heisst strategische Führung? Der Schulrat will z. B., dass in Zukunft die Gemeinde Pratteln in der Primarschule Mehrjahrgangsklassen hat; 1. bis 3. zusammen, 4. bis 6. gemischt. Jetzt ist meine Frage: Ist der Schulrat, welcher sicher auch nicht untätig ist im Bereich Bildung oder sich informiert, das richtige Gremium, um so einen Entscheid zu fällen? Dort habe ich mein ganz grosses Fragezeichen. Ich bin für die neue Führungsstruktur mit einer Expertenkommission. Dort hat es Leute dabei, die fachlich top sind und den Gemeinderat bei Entscheiden beraten können, sei es für Ideen, für Neuerungen, so dass die Schule Pratteln am Puls der Zeit bleibt und eine moderne Bildung bieten kann. Ich sehe noch viele andere Punkte, auch die Sache mit den Finanzen. Es ist wichtig, dass das zusammen ist und das Gremium, also der Gemeinderat und indirekt auch der Einwohnerrat, strategische Entscheide fällen. Der Vorschlag des Schulrats zur Anpassung der Mitglieder gemäss den politischen Parteien ist so ein bisschen na ja. Wir wissen ja nicht, was bei den Wahlen passiert. Vielleicht sind es dann sechs politische Parteien, welche hier vertreten sind oder nur noch vier.

Darum stelle ich den Antrag: «Das Schulkommissionsmodell wird als neues Führungsmodell für die Primarstufe Pratteln genehmigt.» Das würde uns bereits schon die Wahl geben zwischen dem alten Schulratsmodell und dem neuen Schulkommissionsmodell. Nur Gemeinderat bin ich dagegen.

Kurt Lanz: Ich sehe es nicht gleich wie meine zwei Vorredner. Ich war auch mal Mitglied eines Schulrats und habe lange an einer Schule gearbeitet. Ich weiss was es heisst, wenn man Schulräte hat oder eben eine Kommission. Für mich ist ganz wichtig, dass eine Kommission nicht gleich öffentlich legitimiert ist, wie halt eben der Schulrat. In Pratteln ist es halt jetzt so, dass der Einwohnerrat die Schulräte wählt. Das ist aber noch nicht lange so. Vorher wurden die Schulräte vom Volk gewählt. Der Schulrat wird ja auch bei seiner Arbeit von der Schulleitung unterstützt. In der Zwischenzeit bin ich mir nicht mehr ganz sicher, ob wirklich alles immer so gut ist, wenn Fachleute entscheiden. Für mich ist der Blick von aussen nicht zwingend nur von Fachleuten. Was wäre damals in Kaiseraugst passiert, wenn wir einfach auf die Fachleute gehört hätten? Dann müssten wir jetzt einen Atommeiler mehr zurückbauen. Jetzt da einfach sagen, nur ein Gremium mit Fachleuten ist ein gutes Gremium, finde ich schon auch ein bisschen daneben und darum möchte ich sie bitten, dem Antrag vom Gemeinderat zu folgen und beim System Schulrat zu bleiben.

GR Roger Schneider: Wenn ich es richtig verstanden habe, liegt ein Rückweisungsantrag von Dieter Stohler vor. Auch gibt es noch offene Fragen. Für mich völlig überraschend ist der Antrag der Fraktion der Unabhängigen und Grünen mit dem Kommissionsmodell. Das ist halt eine ganz andere Geschichte, darüber können wir ja noch diskutieren. Das Modell kann man jederzeit ja ändern. Wir sind jetzt einfach zur Einsicht gekommen, dass es im Moment wenig gewinnbringend ist, wenn man das Modell ändert. Die Verankerung, beziehungsweise die basisdemokratische Situation, können wir mit einem Schulrat besser abbilden. Aber es braucht Leute, welche auch fähig sind das zu machen und machen wollen. Eine Volkswahl würde ich eigentlich bevorzugen, aber dann müssten wir die Gemeindeordnung ändern, auch bei der Änderung der Anzahl Schulräte. Ich weiss nicht, ob das verhältnismässig wäre, nur wegen der Anzahl Schulräte eine Volksabstimmung zu machen und die Gemeindeordnung zu ändern. Bei einer Teilrevision könnte man das sicher auf die Pendenzenliste nehmen.

Bernhard Zwahlen: Was mich am Schulrat eigentlich stört, haben wir gerade vorher gesehen. Wir haben über ein neues Mitglied abgestimmt. Die Person kennt man vielleicht, vielleicht aber auch nicht. Es ist anders, wie in anderen Kommissionen, wo man einer Partei vertrauen kann, dass sie jemand Gutes gesucht haben. Wenn wir beim jetzigen Modell bleiben, wäre es vielleicht schön, wenn die entsprechenden Schulrats-Kandidaten sich beim Einwohnerrat vorstellen würden und dann können wir auch wirklich darüber diskutieren. Wollen wir die Person

wählen, was hat sie für ein Knowhow? Darum müssen wir eigentlich keine Reglementsänderung machen und können es beim Schulrat belassen. Aber wir können nach Belieben eine Fachperson hineinwählen, die von einer Partei vorgeschlagen wird. Wenn wir dann nicht einverstanden sind, muss die Partei noch einmal über die Bücher und eine neue Person vorschlagen. Das wäre für mich der Kompromiss, damit ich für den Schulrat stimme.

Mauro Pavan: Ich würde gerne Bernhard Zwahlen etwas entgegnen. Ich verschiebe das aber bis zur Diskussion über die Varianten. Denn jetzt stimmen wir zuerst über den Rückweisungsantrag ab. Ich möchte beliebt machen, dass wir dieser Rückweisung nicht zustimmen und das Geschäft jetzt behandeln.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen zum Rückweisungsantrag von Dieter Stohler, es folgt die Abstimmung

://: Der Rückweisungsantrag wird mit 24 Nein- zu 10 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Mauro Pavan: Dann kann ich mich ja jetzt zum Votum von Bernhard Zwahlen äussern. Wenn sich jemand zur Verfügung stellt für den Schulrat, der/die von einer Partei oder von einer Fraktion vorgeschlagen ist, dann haben wir gewisse Angaben über die Person und kennen sie aber nicht unbedingt persönlich. Ich gehe aber schwer davon aus, dass es im Interesse von allen Fraktionen und Parteien ist, Leute zu finden, die eben eine gewisse Fachkompetenz mitbringen und da sehe ich die Verantwortung bei uns. Es ist schon schwierig genug, Leute zu finden, welche eine gewisse fachliche Kompetenz mitbringen und sich für ein Gremium zur Verfügung stellen. Jetzt möchten wir den Schulrat ersetzen durch eine Kommission. Diese hat nur eine beratende Funktion. Das Volk, durch den Einwohnerrat vertreten, hat dann überhaupt nichts mehr dazu zu sagen, auch die Kommission nicht mehr, sondern der Gemeinderat hätte dann das alleinige Bestimmungsrecht und wir möchten dort dann aber fachlich kompetente Leute drin haben, welche den Gemeinderat beraten. Darum sollten wir entschieden dem Antrag des Gemeinderats folgen. Er ist zum richtigen Schluss gekommen, wie die meisten anderen Gemeinden im Baselland.

Dieter Stohler: Nachdem der Rat jetzt entschieden hat, dass wir heute entscheiden müssen, muss sich jetzt jeder bewusst sein, was er möchte. Beim Antrag Gemeinderat ändert nichts. Der Antrag von Gery Stadler geht auf das Schulkommissionsmodell. Die Mehrheit unserer Fraktion hat Sympathien für das Modell. Ich muss jetzt den Antrag nicht mehr stellen, sondern kann einfach sagen, die Mehrheit unserer Fraktion wird sich dem Antrag von Gery Stadler anschliessen und zustimmen. Wenn wir uns für das Schulkommissionsmodell entscheiden, dann hat der Gemeinderat ja aufgezeigt, wie das weitere Verfahren ist. Dann braucht es eine Änderung des Gemeindegesetzes und eine Anpassung der Gemeindeordnung sowie dem Verwaltungs- und Organisationsreglement. Dann fängt die Detailarbeit/-diskussion eigentlich erst an, wo hoffentlich weiterhin gescheite Leute ihren Input bringen und der Rat dann zu der wichtigsten Variante sich äussern und einbringen kann.

GR Roger Schneider: Noch eine Wortmeldung zur Fachkompetenz. Das ist so eine Sache. Wir haben das Thema auch breit und lange besprochen. Es hiess immer wieder, dass der Gemeinderat alle Fachkompetenzen hat, welche es braucht. Das ist natürlich auch nicht so. Im Amt lernt man dazu. Ich hatte vorher mit der Schule nicht viel zu tun. Ihr seid da in der Verantwortung, wenn ihr diese Schulratsmitglieder stellt. Fachkompetenzen müssen sie nicht unbedingt mitbringen. Das wäre vielleicht in einen oder anderen Bereich gut. Aber die Bereitschaft zu zeigen, Weiterbildungen zu machen, sich einzulesen, sich mit der Materie befassen, dann kann man auch in einem Amt «wachsen». Man muss keine Schulräte wählen, welche schon alles können, sondern solche, die sich Zeit nehmen, Interesse haben und motiviert sind, das wichtige Amt zu übernehmen. Die Schule und Schulleitung können zum Wohl der Kinder und Lehrpersonen unterstützen. Das ist wichtig. Es braucht ein gewisses Engagement und Feuer. Ich plädiere dafür, dass wir jetzt wirklich beim Modell Schulrat bleiben. Die Fraktionen/Parteien sollen sich wirklich dieser Verantwortung bewusst sein und rechtzeitig Leute

suchen. Die Fraktionen könnten ja vor der neuen Legislatur alle zusammen schauen, wer in Frage kommt und dem Einwohnerrat dann Vorschläge unterbreiten.

Kurt Lanz: Was haben denn die anderen Gemeinden falsch überlegt? Angefangen von Gemeinden, welche Gemeindeversammlungen haben, wo Bürgerinnen und Bürger gesagt haben, wir wollen bei diesem Modell bleiben. Also so falsch können jetzt die Überlegungen nicht gewesen sein, welche sich die vielen Leute an den Gemeindeversammlungen gemacht haben. Von dem darf man sich vielleicht schon ein bisschen leiten lassen. Ich habe den Schulrat als Strategiegeber erlebt und das System als gut befunden. Ich stehe nach wie vor dahinter, dass wir den Vorschlag des Gemeinderats akzeptieren sollten.

Bernhard Zwahlen: Eine schwere und sehr wichtige Entscheidung, weil die Bildung sehr wichtig ist. Ich habe mich für den Gemeinderatsvorschlag entschieden. Es ist sehr wichtig, dass wir Finanzen und Strategien eben genau in der Bildung trennen. Wenn eine Bildungsstrategie in die Richtung geht, wir wollen etwas für die Kinder machen, dann darf nicht «nein, wir haben zu wenig Geld, wir haben keine Lust darauf», zählen. Dann zählt, was ist richtig für die Kinder? Was ist wichtig für die Bildung? Deswegen kann ich dem Antrag von Gery Stadler nicht zustimmen.

Gegenüberstellung der Anträge Gemeinderat und Gerold Stadler

Antrag des Gemeinderates	Antrag der Fraktion U/G, Gery Stadler
://: Die Beibehaltung des Schulrats als Führungsmodell auf der Primarstufe genehmigt.	://: Das Schulkommissionsmodell wird als neues Führungsmodell für die Primarstufe genehmigt.
27 Ja	8 Ja

bei 1 Enthaltung

Schlussabstimmung

://: Die Beibehaltung des Schulrats als Führungsmodell auf der Primarstufe wird mit 28 Ja- zu 7 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung genehmigt.

9. Nr. 518

Fragestunde

Frage 1

Eröffnung der Netzbodenstrasse

(Christoph Zwahlen, U/G)

GR Stefan Löw: In Vertretung von GR Urs Hess beantworte ich gerne folgende Fragen:
Frage 1: Wann ist die Eröffnung der Netzbodenstrasse vorgesehen? Die Eröffnung ist im 1. Quartal 2024 vorgesehen.

Frage 2: Mit welchen Massnahmen gedenkt die Gemeinde Pratteln sicherzustellen, dass die Verbindungsspanne vom östlichen Ende der Netzbodenstrasse zur Rheinstrasse wirklich nur von den Bussen des ÖV und dem Langsamverkehr benutzt wird? Geplant sind dort versenkbare, automatische Poller, welche von den Autobussen und Blaulicht-Organisationen mittels Fernbedienung betätigt werden können und so der Durchgang gesichert ist.

Frage 2

Rücksichtslose Pflege der Grünanlage

(Christoph Zwahlen, U/G)

GR Stefan Löw: Hier geht es darum, dass man bei den Pflegearbeiten der Grünanlage beim Bushof Augst mit einem breiten Fahrzeug Reifenspuren ins Gras gefahren hat.

Frage 1: Ist dem Gemeinderat die Sachlage bekannt? Sie war dem Gemeinderat nicht bekannt.

Frage 2: Wird der Schaden behoben? Ja, der Schaden ist schon behoben worden. Erde wurde eingefüllt und ob sie jetzt schon angesät haben, weiss ich nicht. Zum jetzigen Zeitpunkt wäre es nicht so ideal, aber das wird sicher wieder begrünt. Es ist ja kein Rasen im eigentlichen Sinn, sondern Wiesengras.

Frage 3: Was unternimmt die Gemeinde, dass so etwas nicht wieder vorkommt? Der Leiter vom Werkhof wurde diesbezüglich informiert und er hat seine Mitarbeitenden sensibilisiert, dass sie vermehrt darauf achten.

Frage 3

Video-Autonommer-Erkennung

(Sebastian Enders, SVP)

GR Stefan Löw: *Frage 1: Wie ist der Stand der rechtlichen Abklärungen betreffend Installation der Video-Autonommer-Erkennung an der Kreuzung Neusatzweg/Mattenweg?* Hier geht es ja um ein Postulat, welches abgeschrieben wurde. Ich habe damals schon gesagt, dass die Überwachung mittels einer Videokamera noch geprüft werden muss. Die Prüfung hat in der Zwischenzeit stattgefunden und die Abklärungen haben ergeben, gemäss der Strassenverkehrskontrollverordnung SKW, Artikel neun: Technische Hilfsmittel darf man einsetzen bei *Kontrollen der Geschwindigkeit, der Beachtung von Lichtsignalen, Sicherheitsabstand von hintereinander fahrenden Fahrzeugen, Arbeits- und die Lenkung von Ruhezeiten, technischer Zustand der Fahrzeuge, Abmessungen und Gewichten, Ladegut, Verwendung von einem Telefon oder einer Freisprechanlage während dem Fahren und von der Atemkontrolle bei allenfalls alkoholisierten Personen*. Aber in unserem Fall der Überwachung ist das so nicht möglich. Das hat der Rechtsdienst der Polizei Baselland als Auskunft erteilt. Sie haben keine Rechtsgrundlage, welche ihnen erlaubt, die Kontrollen so zu machen.

Frage 2: Wann wird die Anlage an der Kreuzung Neusatzweg/Mattenweg installiert? Siehe Beantwortung der ersten Frage. Das können wir zurzeit nicht machen und werden schauen, in welcher Art und Weise wir das dort unten lösen können.

Sebastian Enders: Dankeschön für die Beantwortung. Meine Folgefragen: Trifft das dann auch auf die Videoüberwachung mit dem Fahrzeug für das Nachtparking zu oder ist das wiederum erlaubt gegenüber dieser stationären Messanlage? Ich meine das Nachtparking mit der installierten Kamera auf dem alten Toyota, ist das jetzt auch nicht mehr gesetzeskonform? Darf man diese Anlage auch nicht mehr aufbauen?

GR Stefan Löw: Die Überwachung in den Nachtparkgebieten läuft vor allem auf die Autonummer und das ist so erlaubt. Die Kamera ist im Fahrzeug installiert und die Strassen werden dann abgefahren und so kontrolliert. Das können wir weiterhin durchführen. Es wäre angedacht gewesen, dass die Kamera fix montiert wäre und die Überwachung dauernd dann laufen würde, aber das geht rechtlich nicht.

Die Fragen sind beantwortet.

10. Nr. 3408

Postulat, U/G, Christoph Zwahlen, Sicherer Remeliweg – weniger Schleichverkehr

GR Stefan Löw: Dieses Postulat will der Gemeinderat nicht entgegennehmen. Es ist rechtlich nicht möglich, dass wir das so machen können, das habe ich vorher schon erwähnt bei der Beantwortung der Fragestunde, bezüglich Kontrolle mittels Videoüberwachung. Und dann können die Strassen nicht einfach geschlossen werden. Die müssen durchgängig sein für Blaulicht, Feuerwehr und auch für die Landwirtschaft. Wir sehen da eine hohe Problematik im Ganzen. Von der neuen Erschliessung/Verlängerung der Lohagstrasse erhoffen wir uns, dass es eine Entschärfung der jetzigen Situation gibt. Wir schauen, wie sich das dort unten weiterentwickelt. Ein gewisses Verständnis ist vorhanden und es ärgert auch uns, dass der Schleichverkehr dort ist. Er hat jetzt aber zugenommen durch die neue Verkehrsregelung und Situation. Wir sind darauf sensibilisiert und werden das Problem genauer anschauen und dementsprechend auch die Kontrollen erhöhen, um dem entgegenwirken zu können.

Christoph Zwahlen: Es gibt ein Sprichwort und das heisst: *«Man soll die Hoffnung nicht eher als mit sich zu Grabe tragen.»* Das ist das Motto von unserem Gemeinderat, wenn es um Verkehrsfragen geht und um Einhaltung der öffentlichen Ordnung in dieser Richtung. Es ist nicht das erste Mal, dass wir über den Verkehr reden, welcher durch die Giebenacherstrasse und dann durch den Remeliweg fährt. Es ist bis jetzt nie etwas passiert betreffend Verhinderung der Durchfahrt von Fahrzeugen. Seit die Rheinstrasse gesperrt ist und die Leute einen Umweg fahren müssen, hat der Verkehr dort drastisch zugenommen und zwar nicht nur von Personenwagen, sondern von Lieferwagen und selbst von Lastwagen, welche durch das Loch von 3,65 m Höhe passen. Diese sind so breit, dass ein Velofahrer in den Dreck hinausfahren muss. Warum der Gemeinderat dort nichts machen will, begreife ich absolut nicht. Er verspielt somit seine letzte Glaubwürdigkeit als Ordnungsgarant in der Gemeinde. Ich frage mich wirklich, ob ich nicht auch mit meinem Motorrad dort durchfahren soll, wenn es regnet, es ist sowieso nie jemand dort, der schaut. Ich spaziere mit meinem Hund sehr oft dort unten herum und ich sehe jedes Mal mindestens ein Fahrzeug, welches dort durchfährt. Ich kann nicht bei allen sagen, ob sie die Berechtigung haben oder nicht. Ich weiss, dass die Spitex dort durchfahren darf und dass die Gemeindedienste durchfahren dürfen und Blaulicht selbstverständlich. Aber ob jede Baufirma oder DHL dort durchfahren darf und jeder Lieferant, welcher meint er sei schneller, das geht mir nicht in den Kopf. Warum will man nichts machen? Dann kann man nicht mit dem Grund kommen, wir machen nichts, wir wollen es nicht, weil eine Videoüberwachung nicht möglich ist. Das ist nur ein Vorschlag. Diesen habe ich auf der Basis von dem gemacht, was man an der letzten Einwohnerratssitzung beschlossen hat. Ich habe das als Beispiel genommen, weil das kostengünstig und einfach wäre. Aber weil das jetzt nicht geht, heisst es ja nicht, dass man nicht etwas machen könnte oder machen will. Zur Strassensperrung: Schaut einmal wie breit die ungeteerte Heissgländstrasse ist. Es hat bald keine Grünböschung und Gras mehr bis zu den Feldern, weil alle um die «Glunggen» herum Slalom fahren. Seit sie jetzt an der neuen Lohagstrasse bauen, haben sie dort vorne einfach gesperrt. Jetzt kann dort niemand mehr durch. Plötzlich können die Autos, welche in den Park vom DHL müssen, innen durch das Areal fahren, weil sie sonst gar nicht mehr legal parkieren könnten. Seither ist dort unten der Schleichverkehr fast ganz erloschen. Es gibt immer noch so «Halbschuhe», die mit ihrem grossen BMW durch den «Pflutter» fahren. Wenn man da nichts macht, komme ich immer wieder und wieder. Ich nehme die Gemeinde nicht mehr ernst. Ich bitte euch, das Postulat zu überweisen. Es muss etwas gehen, nicht das mal ein Kind überfahren wird. Ich habe es x-mal gesagt. Es ist eine Sicherheitsfrage und es ist eine Frage, ob die Verkehrsregeln überhaupt noch respektiert werden.

Silvio Fareri: Auch für die Fraktion FDP-Die Mitte ist die Situation dort stossend. Der Verfasser vom Postulat moniert die fehlende Einhaltung der Anordnung und Verbote und sucht vermeintliche Lösungen, aber mit noch mehr Anordnungen und Verboten. Die Verkehrssituation ist, wie GR Stefan Löw gesagt hat, dort noch nicht abgeschlossen. Im Moment suchen wir praktisch im Monatsrhythmus immer wieder nach neuen Lösungen für Einzelfälle in dem Quartier. Man soll doch zuerst einmal Geduld haben und abwarten, bis die Lohagstrasse fertiggestellt und die ganze Verkehrssituation entsprechend auch abgeschlossen ist. Auch in diesem Fall wird die Verantwortung wieder an den Staat delegiert. Dabei sollten die Verkehrsregeln allen

bekannt sein. Wir fordern den Gemeinderat auf, dass er zwingend das Gespräch mit den Unternehmern vor Ort sucht und sie noch einmal auf die Situation und die bestehenden Regelungen aufmerksam macht. Die Fraktion lehnt die Überweisung ab.

Mauro Pavan: Die SP-Fraktion stimmt selbstverständlich der Überweisung des Postulates zu. Ich sehe das nicht als «die Verantwortung dem Staat abgeben». Ich sehe unser System eigentlich so, dass wir als Souverän das legislative Gesetz machen und ich sehe die Verantwortung für die Einhaltung von den Gesetzen und für die Sanktionierung, wenn diese nicht eingehalten werden, tatsächlich bei der Exekutive. Ich habe vorhin bei der Fragestunde nicht ganz verstanden, warum genau, dass das nicht möglich sein soll. In Zürich ist das offenbar möglich. In den Medien war kürzlich ein Artikel, dass sie genauso eine Videoüberwachung und eine automatische Büssung von Leuten, welche sich nicht ans Gesetz halten, mit Nummer Erkennung, in der Langstrasse einführen werden. Das wäre ja die Gelegenheit für den Gemeinderat, im Rahmen der Behandlung von diesem Postulat, wenn wir das dann überwiesen haben, zu beantworten. Warum ist das in einer Gemeinde in Baselland nicht möglich, wenn es im Kanton Zürich möglich ist? Es kann ja durchaus sein, dass sich die kantonale Gesetzgebung unterscheidet, aber das würde ich eben eigentlich gerne im Detail beantwortet haben. Falls das tatsächlich nicht möglich ist, sehe ich die Aufgabe des Gemeinderats, dort eine andere Lösung zu finden. Es soll sichergestellt werden, dass die bestehenden Gesetze eingehalten werden. Der Postulant möchte nämlich gar nicht mehr Anordnungen und mehr Verbote, sondern er möchte nur, dass die bestehenden Verbote eingehalten werden.

GR Stefan Löw: Ich habe schon eine Antwort gegeben, wieso wir jetzt nicht einfach eine Überwachungskamera installieren. Die Abklärungen haben ergeben, dass es rechtlich nicht geht. Allenfalls gäbe es Einsprachen oder wenn man Bussen ausspricht, ein Verfahren. Je nachdem müssten wir das Ganze wieder abbauen/zurückbauen. So eine Anlage kostet doch fast CHF 25'000. Wir geben nicht für etwas so viel Geld aus, was nicht sicher ist, dass wir es nachher auch betreiben können. Das wäre unverhältnismässig, so können wir mit Steuergeldern nicht umgehen.

Mauro Pavan: Ich möchte das nochmals präzisieren. Ich bin ja auch nicht der Meinung, dass man eine Kamera für CHF 25'000 aufstellt, wenn man sie nachher wieder abbauen müsste. Ich habe nicht ganz verstanden, warum das rechtlich nicht möglich ist, wenn es an anderen Orten offensichtlich möglich ist. Die kurze Antwort, welche GR Stefan Löw im Rahmen der Fragestunde gegeben hat, reicht mir für das nicht und darum möchte ich dem Gemeinderat eben die Gelegenheit geben. Es ist nicht eine Motion, welche verlangt, dass jetzt morgen die Kameraanlage dort hingestellt wird, sondern das ist ein Postulat, welches dem Gemeinderat die Möglichkeit offenlässt, auch andere Massnahmen zu finden, um sicherstellen, dass die bestehenden Gesetze eingehalten werden.

Christoph Zwahlen: Mir ist es wirklich egal, mit welcher Art von Massnahme man das Einhalten der bestehenden Regeln durchsetzt. Ich wünsche einfach, dass sie durchgesetzt werden. Die neue Lohagstrasse unterbindet vielleicht den Schleichverkehr, welcher durch die Längi und dann in die Rheinstrasse mündet. Viele Leute, welche vom Dorf runterkommen, von der Krummeneich wollen den Stau umfahren an irgendeinem Ort oder sich ein paar Kilometer schenken. Es macht nämlich schon etwas aus. Wenn ich von zuhause mit dem Töffli dort durchfahre, sind es zweieinhalb Kilometer an den Bahnhof und wenn ich die Strasse unten herum nehme, ist es jetzt wahrscheinlich mehr als vier und oben herum vier. Wenn man eine Schwerverkehrsabgabe zahlen muss, spart man ein paar Franken. Der Verkehr wird auch mit der neuen Lohagstrasse nicht unterbunden. Deswegen kann man da lange hoffen und warten und warten und warten... An dem Verkehr dort, durch diesen Weg ändert sich gar nichts. Ich will einfach nicht, dass zuerst ein Unfall passieren muss, bis dort irgendeinmal jemand etwas macht.

Abstimmung

://: Das Postulat wird mit 19 Ja- zu 17 Nein-Stimmen an den Gemeinderat überwiesen.

11. Nr. 3409

Postulat, FDP, Silvia Lerch, Reglementierung für Aushang von Wahl-, Abstimmungs- und Parteiplakaten auf öffentlichem Grund

GR Stefan Löw: Auch dieses Postulat möchte der Gemeinderat nicht entgegennehmen. Es finden jährliche Gespräche mit dem Gemeinderat, den Fraktionspräsidien und Parteipräsidenten statt und das schon über viele Jahre. Das Thema ist auch dort sehr oft diskutiert worden, vor allem jeweils im Zeitraum der Wahlen. Bei all diesen Gesprächen ist schlussendlich aus diesen Vertretungen herausgekommen, dass man die bisherige Praxis beibehalten will. Eine Problematik sehen wir auch in den Standorten und der Ausrichtung. Das ist eine sehr grosse Herausforderung. Im Unterschied zur Gemeinde Birsfelden z.B., haben wir auch einen Einwohnerrat und damit viel mehr Wahlplakate. Der Aufwand für die Gemeinde als solches wäre sehr hoch und würde auch einiges kosten. Der Gemeinderat sieht keine Notwendigkeit, dass man von der jetzigen Praxis absieht und es in die Kompetenz oder Verantwortung der Gemeinde geben würde.

Silvia Lerch: Danke GR Stefan Löw für das Statement, das war mir schon klar. Ich rede hier auch nicht für die Fraktion, sondern in eigener Sache. Es ist mir auch bewusst, dass die Reglementierung kein einfaches Unterfangen und ein undankbares Thema ist. Es gibt vieles zu beachten, die Handlungsspielräume sind beschränkt und man kann nur über Gemeindestrassen entscheiden. Es ist schwierig, eine Lösung zu finden, welche nachher für alle passt und niemand benachteiligt ist. Ich finde es aber wichtig, dass man wenigstens Ideen sammelt, um die Plakatflut in den Griff zu bekommen. Der Wahlkampf wird in Zukunft sowieso digitaler, aber zur jetzigen Zeit habe ich das Gefühl, dass es immer schlimmer wird. Schliesslich ist es nicht nur ein persönliches Empfinden von mir, sondern ich habe es von vielen Einwohnerinnen und Einwohnern gehört, welche sich daran stören und darum will ich auch ein Zeichen setzen, dass man die Kritik annimmt und nicht einfach ignoriert. Es muss ja nicht komplizierte, generelle Verbote geben. Man kann ja auch die Parteien auffordern, sich selber zu organisieren. Falls umsetzbare Vorschläge im Raum sind, wären alle froh für eine einfache pragmatische Lösung. Wenn das Ganze einfach geregelt würde und man das so untereinander abmachen könnte, dann wären die aufwändigen Gespräche im Vorfeld dann auch nicht mehr nötig.

Delia Moldovanyi: Die Fraktion der Unabhängigen und Grünen ist gegen die Überweisung des Postulates. Wir teilen zwar die Meinung, dass die Wahlplakate durchaus einen Störfaktor haben. Viele Leute stört es und ich würde auch gerne irgendwie darauf reagieren. Wir finden aber nicht, dass das die Aufgabe der Gemeinde sein sollte. Wie das Beispiel von Arlesheim zeigt, braucht eine Regulierung, welche die Gemeinde trifft, materielle und personelle Ressourcen. Also kurz gesagt, es kostet sehr viel. Es ist gegenüber der Bevölkerung nicht zu rechtfertigen, dass die Gemeinde einen derartigen Aufwand betreiben soll, nur weil wenige Parteien nicht massvoll mit Wahlwerbung umgehen können. Auch andere Optionen, welche der Gemeinderat prüfen könnte, sind immer mit Kosten verbunden. Die Partei der Unabhängigen begrüsst Lösungsansätze wie z. B. das parteiübergreifende Abhängen der Wahlplakate, welches dieses Jahr organisiert worden ist. Das wurde ja nicht auf Gemeindeebene beschlossen. Wir sind auch offen, weitere solche parteiübergreifenden Konzepte zu einem massvollen Umgang mit Wahlpaketen zu diskutieren. Wir finden aber nicht, dass das eine Aufgabe ist, die wir der Gemeinde «abschüfele» können, sondern dass diejenigen Personen sich darum bemühen sollen, welche die Wahlplakate auch aufhängen und das sind wir. Eben, pragmatische Lösungen. Diese muss man nicht auf Gemeindeebene diskutieren, sondern das sollen die Parteien untereinander diskutieren. Teilweise sind da noch Kantonalparteien hintendran, aber auch mit ihnen kann man reden. Als Ergänzung: Für die Parteien ist es sehr schwierig, die Plätze zu finden und auch wie und wann man Plakate bringen muss. Die ganze Situation und die Regulierungen sind nicht wirklich zufriedenstellend.

Jasmine Bosshard: Die SP-Fraktion ist auch gegen die Überweisung. Bei einer Lösung, wie sie z. B. Arlesheim hat, wird sehr gerne auch auf APG-Plakatflächen ausgewichen. Ich glaube allen hier drin ist bewusst, dass APG-Plakatflächen deutlich teurer sind als Polypropylen

aufhängen zu gehen. Da kämen wir dann auf die Wahlkampfbudgets der einzelnen Parteien zu sprechen. Je nach dem ist es kein fairer Wahlkampf, wenn man die wenigen APG-Plakatlflächen möglichst schnell reservieren muss. Wer sich mehr leisten kann, hat mehr Fläche. Dann darf ich da aus eigener Erfahrung reden. Ich war schon diverse Male nachts um zwölf Uhr auf der Strasse, um zu Plakatieren. Es ist schon sehr frustrierend, wenn man sechs Wochen später die Plakate herunterholen will und sie nicht mehr runter bekommt, weil noch fünf andere Plakate darunter hängen. Man hat es bei diesen nationalen Wahlen genug oft gesehen, welche Parteien vier eigene Plakate noch darunter geschoben haben. Ich konnte die eigenen Plakate nicht mehr abhängen, weil ich keine so hohe Leiter habe. Da frage ich mich schon, wieso stehe ich mitten in der Nacht auf, hänge auf und andere schieben von unten einfach nach. Man könnte die Leute einfach ein bisschen besser informieren, dann gäbe es auch nicht so einen Plakatschunzel. Grundsätzlich plädiert ja die FDP sehr gerne für Eigenverantwortung. Ich glaube, das kann man so stehen lassen.

Fredi Wiesner: Es ist wirklich nicht schön gewesen, die vielen Plakate an allen Strassen, an Kandelabern, zum Teil sechs übereinander. Es war schwierig zum Herunterholen. Wir kriegen das nicht in den Griff, um zu reglementieren, dass nur an gewissen Standorten aufgehängt werden darf. Nicht nur wir selber, sondern auch andere Gruppieren hängen auf. Was diesmal zum Glück funktioniert hat, dank allen, die mitgeholfen haben, ist das Demontieren von diesen vielen Wahlplakaten. GR Urs Hess und ich haben zusammen am Sonntag vier Stunden lang Plakate heruntergeholt mit ganz grossen Leitern. Insgesamt 350 Stück. Das mit dem Hinauf-schieben ist auch nicht ganz korrekt, wie wir festgestellt haben. Als wir die unteren weggenommen haben, sind die oberen trotzdem nicht runter gekommen. Diese wurden mit Hebebühnen oder Leitern ganz oben drangehängt. Eigentlich dachte ich, wenn man die unteren wegnimmt, kommen die oberen von alleine herunter, aber ich brauchte eine ganz grosse Leiter. Daher möchte ich mich einfach bei allen bedanken, die mitgemacht haben. Danke vielmals, dass das funktioniert hat.

Silvia Lerch: Ich war am Sonntag auch dabei und mein Auto voll mit Plakaten und zwar nicht nur von unseren, sondern von allen Parteien. Ich finde das eine super Sache und ich hoffe, dass das in Zukunft auch weiterhin so geht. Kleiner Tipp: Eine kleine Leiter reicht. Mit einer Dachlattenschraube drin kann man dann in die Köpfe schlagen, runter ziehen und dann kommen sie. Für die Zukunft ein kleiner Tipp zum Aufhängen: Es hat ganz wenige Schlaue gegeben, die, wenn sie ein Plakat unten dran geschoben haben, dann wenigstens mit einem Kabelbinder das obere mit dem unteren verbunden haben. Mit dem Verbinden kommt das obere nämlich auch mit runter.

Ich sehe, das Postulat kommt nicht durch. Aber ich bitte darum, dass sich die Parteien in Zukunft besser untereinander absprechen und dass wir da eine einheitliche Lösung finden. Das wäre schön.

Abstimmung

://: Das Postulat wird mit 28 Nein- zu 4 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen nicht überwiesen.

12. Nr. 3412

Postulat, U/G, Delia Moldovanyi, Unversiegelte Parkflächen

Stephan Burgunder: In Vertretung von GR Urs Hess darf ich euch sagen, dass wir das prüfenswert finden und das Postulat übernehmen würden.

Es gibt keine weitere Wortmeldung, es folgt die Abstimmung

://: Das Postulat wird mit 30 Ja- zu 5 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung an den Gemeinderat überwiesen.

Die Sitzung wird um 21.15 Uhr beendet.

Pratteln, 23. November 2023

Für die Richtigkeit

EINWOHNERRAT PRATTELN

Der Präsident

Das Einwohnerratssekretariat

Urs Schneider

Ulrike Schmid